



Nr. 42

25. November 2021

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Einkommensrunde Länder 2021

[Bundesweite Warnstreiks - Beschäftigte erhöhen den Druck](#)

dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST digital

[Corona-Infektion im Dienst: dbb fordert klare Regelungen für Beamtenbereich](#)

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen

[Frauen besser vor Gewalt schützen – auch im Internet](#)

Preisverleihung

[Nachwuchskräfte im öffentlichen Dienst ausgezeichnet](#)

Einkommensrunde mit dataport

[dataport: Verhandlungsaufakt](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

BBB

[Ein Jahr „Mitarbeiterschutz vor Gewalt“ – erfolgreich, aber noch Luft nach oben!](#)

dbb m-v

[3G in Bussen und Bahnen kaum möglich](#)

DPhV und PhV Berlin/Brandenburg

[Lehrerverband begrüßt Rückkehr zur Verbeamtung von Lehrkräften in Berlin](#)

VBE

[Bildungspolitik Berlin: Nun müssen den Worten Taten folgen](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde Länder 2021

Bundesweite Warnstreiks – Beschäftigte erhöhen den Druck

Vor der dritten Verhandlungsrunde haben die Beschäftigten den Druck auf die Arbeitgeberseite mit bundesweiten Warnstreiks und Demonstrationen erhöht. Die Arbeitgeber im öffentlichen Dienst der Länder haben bisher kein Tarifangebot vorgelegt und wollen Verschlechterungen bei der Eingruppierung durchsetzen.

In Düsseldorf kamen am 25. November 2021 unter Einhaltung von Hygienemaßnahmen und Abstandsregeln 4000 Beschäftigte der Unikliniken, der Justiz, der Landesverwaltung und Hochschulen, sowie Lehrerinnen und Lehrer, Polizistinnen und Polizisten für eine Abschlusskundgebung zusammen.

Mit Blick auf die bevorstehende, entscheidende dritte Verhandlungsrunde in Potsdam kritisierte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach die bisherige Verhandlungstaktik der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) scharf: „Während die Inflationsrate in Deutschland immer weiter steigt, mauern sich die LändereArbeitgeber ein und verweigern jeden realen Einkommenszuwachs. Das ist angesichts der Leistungen, die die Kolleginnen und Kollegen im Landesdienst gerade während der Covid-Pandemie erbracht haben, mehr als nur ungerecht. Das ist eine Provokation, und wir sind heute hier, um gegen diese Provokation zu protestieren!“

Roland Staude, Vorsitzender des DBB NRW wies in Düsseldorf auf die jetzt schon schwache Wettbewerbssituation des öffentlichen Dienstes auf dem Arbeitsmarkt hin: „Wer meint, Attraktivitätssteigerungen im öffentlichen Dienst könnten kostenneutral erfolgen, ist komplett auf dem Holzweg. Das ist schlicht unmöglich. Allein die katastrophale Leerstellensituation im nordrhein-westfälischen Landesdienst belegt, dass es dem Staat nach wie vor nur unzureichend gelingt, sich als Arbeitgeber gegen die Konkurrenz der Privatwirtschaft im Kampf um die besten Köpfe durchzusetzen.“

Insbesondere Beschäftigte des Straßenverkehrsdienstes und der Finanzverwaltung warnstreikten am 24. November in Schleswig-Holstein, mehr als 300 Menschen kamen zur Kundgebung in Kiel.

„Der Norden streikt – was die Arbeitgeber können, können wir schon lange“, rief dbb Tarifvorstand Volker Geyer den Landesbeschäftigten in Kiel zu und spielte damit auch auf die Blockadehaltung der TdL an, die in der laufenden Einkommensrunde auch beim zweiten Verhandlungstermin kein Angebot vorgelegt

und keinerlei Anstalten gemacht hatte, in konkrete Gespräche einzusteigen. Vor dem Landtag an der Kieler Förde fasste Geyer den Unmut der Beschäftigten in Worte: „Die TdL will nicht wirklich etwas erreichen, es sei denn, Verhindern und Vor-die-Wand-Fahren ist jetzt neuerdings ein politisches Ziel. So geht man nicht mit Menschen um, die insbesondere in den letzten eineinhalb Jahren alles dafür gegeben haben, dass das Land trotz Pandemie weiter funktioniert. Trotz Personalmangels an den Schulen oder in den Krankenhäusern, obwohl zum Beispiel die Bezahlung im Bereich der Straßenmeistereien mittlerweile deutlich hinter der Bezahlung des TV Autobahn auf Bundesebene hinterherhinkt, sind die Arbeitgeber nicht bereit, in diese Menschen und ihre Arbeitsbedingungen zu investieren. Das ist ein Skandal“, kritisierte Geyer. Verschlechterungen bei der Eingruppierung, die die TdL mit einem Neuzuschnitt des so genannten Arbeitsvorgangs anstrebt, erteilte der dbb Vize eine klare Absage: „Da werden wir keinen einzigen Millimeter nachgeben, zumal wir die Rechtsprechung zu diesem Thema ganz klar auf unserer Seite haben.“

Auch Kai Tellkamp, Landesvorsitzender des dbb schleswig-holstein, griff das Problem „Einkommensbremse durch Eingruppierung“ kritisch auf: „Die Arbeitgeber weigern sich hier in Schleswig-Holstein bereits heute zunehmend, die Beschäftigten vom geltenden Eingruppierungsrecht profitieren zu lassen. Sie bestehen auf größere Zeiteile bei höherwertigen Tätigkeiten als Voraussetzung für eine bessere Entgeltgruppe. Statt gerichtliche Urteile zugunsten der Beschäftigten zu akzeptieren, wollen die Arbeitgeber aber nun die Tarifregelungen zulasten der Beschäftigten ändern. Diese Erosion tarifvertraglicher Ansprüche werden wir niemals akzeptieren“, unterstrich Tellkamp. „Im Gegenteil: Es ist höchste Zeit für ein deutliches Einkommensplus, das den Kolleginnen und Kollegen im Tarif- und Beamtenbereich einen angemessenen Inflationsausgleich bietet und zugleich ihren Leistungen und dem Wettbewerb gerecht wird“, forderte der dbb Landeschef und stellte klar: „Ohne uns ist kein Staat zu machen.“ Die Demonstrierenden in Kiel

schlossen sich – mit gebührendem Corona-Abstand – vor dem Landtag zu einer Menschenkette zusammen und machten während der Aktion mit einem Aufsteller und Bildmotiven die wichtige Rolle der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes deutlich.

Am Tag zuvor hatten rund 400 Beschäftigte ihrem Ärger auf dem Schlossplatz in Stuttgart im Rahmen einer pandemiebedingt verkleinerten Kundgebung Luft gemacht. Auch hier kritisierte Volker Geyer die Haltung der TdL scharf: „In Hessen haben sich die Arbeitgeber mit konkreten Vorschlägen um einen Tarifkompromiss bemüht. Die TdL verharrt dagegen in ihrer Wagnung und zeigt sich im Grunde verhandlungsunwillig.“ Die Kolleginnen und Kollegen erwarteten angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Situation der öffentlichen Haushalte kein Tarifwunder. „Aber sie erwarten Respekt für ihre Arbeit, die sie auch unter Pandemiebedingungen verlässlich erledigt haben, und das zum Teil über alle Belastungsgrenzen hinaus. Und Respekt bedeutet in diesem konkreten Fall: Finger weg vom Arbeitsvorgang und ein verhandelbares Tarifangebot!“

Der Vorsitzende des BBW Beamtenbund Baden-Württemberg Kai Rosenberger appellierte an die Arbeitgeber: „Wenn die TdL auch weiterhin Schulen betreiben möchte, für die innere Sicherheit sorgen will, das Pflege- und Gesundheitswesen und überhaupt die gesamte öffentliche Verwaltung am Laufen halten will, muss sie endlich begreifen, dass gutes Personal nicht als teuerster Kostenfaktor gesehen werden darf, sondern als wertvollste Ressource, die eine öffentliche Verwaltung haben kann!“ TdL-Verhandlungsführer Reinhold Hilbers warf er vor, die Wünsche der übrigen Bundesländer nach Fachkräften für den öffentlichen Dienst zu negieren. „Scheinbar ist er bereit, den Karren noch während der Pandemie an die Wand zu fahren. Sollte auch die dritte Verhandlungsrunde scheitern, werden wir die Verwaltungen flächendeckend lahmlegen.“

„Klatschen bezahlt keine Rechnungen“, machte Ewald Linn, Vorsitzender des dbb saar, ebenfalls am 23. November auf der Kundgebung in Saarbrücken vor hunderten Bediensteten klar. „Die Arbeitgeber stehen gerade in Pandemiezeiten, in denen die Kolleginnen und Kollegen in allen Bereichen seit Monaten ohne Verschnaufpause an der Belastungsgrenze arbeiten, in der Pflicht, zügig ein starkes Zeichen der Wertschätzung zu setzen. Die althergebrachte Betontaktik in den Verhandlungen ist vollkommen fehl am Platz und

sendet insbesondere Richtung Nachwuchs völlig falsche Signale“, kritisierte der saarländische dbb Chef. „Wer eine zukunftsfeste Verwaltung will, braucht Personal, und das können wir nur gewinnen, wenn wir attraktive und wertschätzende Arbeitsbedingungen bieten. Dazu gehören ein Einkommensplus, das diesen Namen auch verdient, und massive strukturelle Verbesserungen“, machte Linn deutlich. „Diskussionen über Verschlechterungen bei der Eingruppierung führen auf den Holzweg und nutzen weder dem öffentlichen Dienst noch den Bürgerinnen und Bürgern.“

In Berlin hatten Polizistinnen und Polizisten bereits am 19. November 2021 vor dem Roten Rathaus demonstriert. Hier machte der dbb Tarifvorstand Volker Geyer deutlich, dass die andauernde Pandemie kein Argument ist, die Beschäftigten mit Nullrunden abzuspeisen. „Vielmehr ist Corona ein Anlass, den öffentlichen Dienst endlich zu stärken. Wir brauchen Investitionen. Das zeigt sich überall, längst nicht nur in den Krankenhäusern oder Gesundheitsämtern. Wenn jetzt wieder im ganzen Land die Regeln zum Infektionsschutz verschärft werden, brauchen wir ja beispielsweise auch Menschen, die bereit sind, deren Einhaltung zu kontrollieren. Gerade eure Arbeit, Kolleginnen und Kollegen von der Polizei, wird durch die vierte Coronawelle erneut massiv erschwert. Auch dafür ein Zeichen der Wertschätzung zu erwarten, ist absolut berechtigt.“

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) Rainer Wendt sagte: „Ohne unsere Polizei, unsere Schulen, unsere Krankenhäuser, unsere Gerichte oder unsere Finanzämter wäre kein funktionierender Staat denkbar. Und wir brauchen einen funktionierenden Staat! Mehr denn je, wie die momentane Ausnahmesituation durch Corona zeigt. Und wir brauchen die nötige Anerkennung für die Arbeit der Beschäftigten. Denn sie leisten täglich Überdurchschnittliches! Deshalb muss es rasch ein akzeptables Angebot seitens der Arbeitgeber geben. Eines, bei dem wir als Gewerkschaften sagen können: so geht faire und leistungsgerechte Bezahlung. Es versteht sich von selbst, dass das Tarifergebnis schnell auch auf unsere Beamtinnen und Beamten übertragen werden muss.“

Hintergrund

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern für die Beschäftigten der Länder unter anderem eine Erhöhung der Tabellenentgelte der Beschäftigten um 5 Prozent, mindestens um 150 Euro monatlich (im Gesundheitswesen

mindestens 300 Euro) sowie eine Erhöhung der Azubi-/Studierenden/ Praktikantinnen/Praktikanten-Entgelte um 100 Euro. Von den Verhandlungen betroffen sind etwa 3,5 Millionen Beschäftigte: Direkt ca. 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer (außer Hessen),

indirekt ca. 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte der entsprechenden Länder und Kommunen sowie rund eine Million Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Die dritte Verhandlungsrunde ist für den 27./28. November 2021 in Potsdam geplant.

dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST digital

Corona-Infektion im Dienst: dbb fordert klare Regelungen für Beamtenbereich

„Auch für Beamtinnen und Beamte, die sich im Dienst mit Corona infizieren, brauchen wir bundesweit einheitliche Regelungen“, fordert der Zweite dbb Vorsitzende Friedhelm Schäfer.

Bei Beamtinnen und Beamten in bestimmten Positionen, etwa bei der Polizei, der Feuerwehr oder der Zollfahndung, wird vom Gesetz und vom Dienstherrn verlangt, dass sie in gewissem Umfang auch gesundheitliche Risiken auf sich nehmen. „Beamtinnen und Beamte sind nicht in die gesetzliche Unfallversicherung eingegliedert, sondern verfügen über eine eigenständige und spezifische Absicherung durch ihre Dienstherrn im Rahmen der Dienstunfallfürsorge. Diese Dienstunfallfürsorge ist aber nicht für pandemische Infektionslagen wie durch das Corona-Virus geschaffen – und auch nicht dafür ausgestaltet. Deshalb müssen die Verfahren zur Feststellung der dienstlichen Ursache einer COVID-19-Infektion in Teilaspekten angepasst und praktikabel gemacht werden“, sagte der dbb Vize am 24. November 2021 im Rahmen des dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST digital „Corona-Pandemie und Dienstunfall – was bedeutet das?“. Insbesondere für bestimmte dienstliche Tätigkeiten, die aufgrund von unvermeidbarem Personenkontakt mit einem hohen Infektionsrisiko mit dem Corona-Virus im Dienst verbunden sind, dringt der dbb auf verbindliche, bundesweit möglichst einheitliche Lösungen.

In einigen Bundesländern, wie zum Beispiel in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern oder in Nordrhein-Westfalen, gebe es bereits sachgerechte Anpassungen an die besonde-

ren Herausforderungen durch das Corona-Virus, machte Schäfer deutlich und forderte schnelle Empfehlungen für eine einheitliche Handhabung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene: „Es kann nicht sein, dass für Beamtinnen und Beamte mit vergleichbaren Einsatzsituationen und Diensten in Norddeutschland andere Maßstäbe gelten als für Kolleginnen und Kollegen im Süden, Osten oder Westen des Landes. Das Corona-Virus unterscheidet nicht nach geografischen Gesichtspunkten. Vielmehr ist die abstrakte Gefahr für jeden Menschen in ähnlicher Lage gleich. Deshalb erwartet der dbb, dass so weitreichend wie möglich einheitlich und abgestimmt vorgegangen wird. Dies betrifft die Anforderungen und Verfahrensfragen sowie die Darlegungs- und Beweislasten.“

Für nicht zielführend hält Schäfer die vollständige Umkehr der Beweislast beim Dienstunfallrecht zu Lasten des Dienstherrn darüber, wann und wo genau sich eine Beamtin oder ein Beamter mit dem Corona-Virus infiziert hat: „Ein solches Verfahren ist mit der Dienstunfallfürsorge des Beamtenrechts systematisch und sachlich unvereinbar. Auch wird dies der Gefährlichkeit der Corona-Pandemie für alle Menschen – unabhängig vom beruflichen Status – nicht gleichermaßen gerecht.“

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen

Frauen besser vor Gewalt schützen – auch im Internet

Die künftige Bundesregierung muss alles daransetzen, geschlechtsspezifische Gewalt zu beenden. Das fordern die dbb frauen zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen.

„Im Schatten der Pandemie, in der es immer wieder zu Ausgangsbeschränkungen kam, wurden mehr Frauen und Mädchen Opfer

häuslicher Gewalt. Dabei sollten die eigenen vier Wände eigentlich ein Ort der Geborgenheit

sein. Das muss uns als Gesellschaft alarmieren. Die künftige Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag deutlich formuliert, gegen sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt vorgehen zu wollen. Das ist ein wichtiger Schritt, jetzt brauchen wir die entsprechenden Gesetze“, erklärte dbb frauen Chefin Milanie Kreutz anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen am 25. November 2021.

Allem voran müssten laut Kreutz die Finanzierung der Frauenhäuser nachhaltig gesichert und Beratungsstellen flächendeckend ausgebaut werden. Darüber hinaus treten die dbb frauen für eine bessere fachliche und materielle Unterstützung sowie Vernetzung relevanter Berufsgruppen im öffentlichen Dienst ein: „Unsere Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei, in Krankenhäusern, Gesundheits- und Jugendämtern, Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen leisten alle wertvolle Beiträge im Bereich der Gewaltprävention und Opferschutz. Um aber effektiver gegen Gewalt gegen Frauen vorgehen zu können, muss Opferschutz ganzheitlich und weniger punktuell gedacht werden. Dafür müssen unsere Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst besser untereinander vernetzt werden und gezielte und kontinuierliche Aus- und Fortbildungen erhalten.“

Zunehmend Sorge bereitet Kreutz auch das Problem von Gewalt gegen Frauen und Mädchen im Netz. „Digitale Gewalt kommt in vielen Formen daher – Stalking, Hasskommentare, Drohungen, die Erstellung von Fake-Profilen. Das Ausmaß ist erschreckend. Jede zweite Frau hat so etwas schon erlebt und die damit verbundenen psychologischen Effekte sind nicht zu unterschätzen. Helfen kann dagegen nur ein striktes Vorgehen der zuständigen Behörden“, mahnte Kreutz.

Zwar seien Polizei und Justiz durch das im Frühjahr 2021 in Kraft getretene Gesetzespaket gegen Hass und Hetze im Internet in ihrer

Handlungsfähigkeit gestärkt worden, die Wirkung der nationalen Gesetzgebung verpuffe jedoch im internationalen Kontext. Allein auf Facebook sei laut der unabhängigen Organisation Hate Aid, die Betroffene von digitaler Gewalt berät, jeder dritte gemeldete offensichtlich illegale Kommentar nicht entfernt worden. „Wir haben es hier mit einem internationalen Problem zu tun, das nur gemeinsam mit anderen Staaten gelöst werden kann. Dazu müssen wir auf europäischer Ebene ansetzen. Mit Blick auf den Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassreden im Internet, den die EU-Kommission gemeinsam mit Facebook, Microsoft, Twitter und YouTube eingeführt hat, wurde deutlich, dass die Herausforderungen im Zusammenhang mit Hass im Internet umfassender angegangen werden müssen. Der aktuelle Entwurf zur EU-Richtlinie über digitale Inhalte ist hier ein guter Anfang, allerdings noch nicht weitreichend genug.“

Hintergrund

Laut einer Länder-Befragung der Welt am Sonntag hatte die Polizei 2020 gut 6 Prozent mehr Betroffene häuslicher Gewalt als im Vorjahr registriert. Demnach stieg die offizielle Zahl der Betroffenen auf 158.477. Von einer deutlich höheren Dunkelziffer sei jedoch auszugehen. Auch das bundesweite Hilfetelefon bestätigte diese Entwicklung. Dort gingen im vergangenen Jahr 15 Prozent mehr Anfragen ein als noch 2019. Laut der Kriminalstatistischen Auswertung Partnerschaftsgewalt, die am 23. November vom BMFSFJ vorgestellt wurde, nahmen die Fälle von Gewalt in bestehenden und ehemaligen Partnerschaften 2020 ebenfalls zu, im Vergleich zum Vorjahr um 4,9 Prozent. Die Zahl der Gewaltopfer in Partnerschaften stieg um 4,4 Prozent von 141.792 Opfern im Jahr 2019 auf 148.031 Opfer im Jahr 2020. Überwiegend betroffen sind Frauen, die 80,5 Prozent der Opfer ausmachen.

Preisverleihung

Nachwuchskräfte im öffentlichen Dienst ausgezeichnet

Die drei besten Abschlussarbeiten dieses Jahres an den Hochschulen für den öffentlichen Dienst wurden mit einem vom dbb gestifteten Preis ausgezeichnet.

„Mit fast 700 Professoren und 1.000 hauptamtlichen Dozenten, einer breit aufgestellten Ex-

pertise in den Bereichen der Lehre und Weiterbildung sowie der Forschung und wissen-

schaftlichen Praxisberatung bilden die Hochschulen für den öffentlichen Dienst, vertreten durch die Rektorenkonferenz, eine entscheidende Grundlage für die Zukunft des öffentlichen Dienstes“, sagte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Jürgen Böhm bei der Preisverleihung am 18. November 2021. „Mit der Prämierung möchten wir bereits zum fünften Mal in Folge die Nachwuchskräfte motivieren und deren umfangreiche Leistungen gebührend anerkennen.“

Für die dbb jugend nahm der stellvertretende Vorsitzende Marcel Oehm an der Veranstaltung teil. Er betonte: „Mit Blick auf die eingereichten Arbeiten hat sich gezeigt, dass neben den Professoren und Dozenten auch die Studierenden ganz hervorragende Arbeit leisten. Dem dbb und der dbb jugend liegen das Thema Bildung sehr am Herzen. Ob nun die Digitalisierung, der Klimawandel oder eine weltweite Pandemie: Um die Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen, brauchen wir exzellent ausgebildetes Personal – die heute

ausgezeichneten Arbeiten stehen exemplarisch dafür.“

Die Preisträger:

1. Platz: Arne Rörtgen für seine Arbeit „Optimierung von Verwaltungsprozessen durch Digitalisierung am Beispiel der Einführung in Stadthagen“.
2. Platz: Johannes Krause für seine Arbeit „Streit um das Bundeswahlrecht – Reformvorschläge im Sinne der Bürger oder im Eigeninteresse der Parteien?“.
3. Platz: Sebastian Ruffer für seine Arbeit „Arbeitsmotive polizeilicher Nachwuchskräfte“.

Die Auszeichnung der drei besten Abschlussarbeiten durch den dbb erfolgt jährlich bei der Rektorenkonferenz der Hochschulen für den öffentlichen Dienst. In diesem Jahr fand die Preisverleihung an der Hochschule für Wirtschaft und Recht auf dem Campus Berlin-Schöneberg statt, zu Gast war unter anderem Stephan Mayer, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat.

Einkommensrunde mit dataport dataport: Verhandlungsaufakt

Der dbb hat für seine Mitglieder der komba Gewerkschaft die Verhandlungen in der Einkommensrunde 2021 mit dataport aufgenommen.

In dem knapp eineinhalbstündigen Verhandlungsaufakt am 22. November 2021 stellte dbb Tarifchef Volker Geyer der Arbeitgeberseite den Forderungsbeschluss der Verhandlungskommission vor und begründete die aktuellen Erwartungen von Beschäftigten und Nachwuchskräften an ihr erfolgreich wirtschaftendes Unternehmen.

Neben dem geforderten Entgeltplus von sechs Prozent bei mindestens 180 Euro monatlich für Beschäftigte und der Erhöhung der Ausbildungsentgelte um 100 Euro monatlich betonte Geyer das gemeinsame Interesse von Gewerkschaften und der Arbeitgeberseite für weitere strukturelle Verbesserungen in den eigenständigen Tarifverträgen TV Dataport für Beschäftigte sowie TVA-Dataport für Auszubildende und Dualstudierende zu sorgen. Alle Forderungen dienen der Zielstellung, mit der Attraktivität auch die Wettbewerbsfähigkeit von dataport als Arbeit- und Ausbildungsgeber weiter auszubauen. Der dataport Vorstand um den Vorsitzenden Dr. Johann Bizer ist bis zur Fort-

setzung der Tarifverhandlungen am 9. Dezember aufgefordert, seinem im Gespräch bekräftigten Lob für die Leistung und den Einsatz aller Mitarbeitenden auch die verdiente Wertschätzung folgen zu lassen und dem dbb ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen.

dbb und ver.di fordern gemeinsam:

- 6 Prozent mehr Entgelt, mindestens aber 180 Euro mehr im Monat.
- Für Auszubildende und Dualstudierende 100 Euro monatlich mehr.
- Laufzeit der Entgeltregelungen 12 Monate.

Wir erwarten von dataport außerdem:

- Anhebung der Jahressonderzahlung auf 100 Prozent für Beschäftigte in Entgeltgruppe und höher sowie für Auszubildende und Dualstudierende.
- Verbesserungen von Eingruppierung und Einstufung, insbesondere die stufengleiche Höhergruppierung unter Mitnahme der Stufenlaufzeit.
- Verhandlungsaufnahme über einen Tarifvertrag für Werkstudierende.

Hintergrund

Für die Tarifbeschäftigten bei dataport gilt seit 2008 ein Haustarifvertrag mit den allgemeinen Arbeitsbedingungen und einer eigenständigen Entgelttabelle. Die Eingruppierung ist 2013 neu geschaffen worden. Sie hat eine vom allgemeinen Ländertarif losgelöste Entgeltordnung, die erstmals im öffentlichen Dienst insbesondere Fachkarrieren ermöglicht und diese gleichzeitig

aufwertet. Seit 2013 gilt zudem ein eigenständiges Tarifrecht für Nachwuchskräfte, die Auszubildenden und die Dualstudierenden bei dataport. In der Einkommensrunde 2021 mit dataport tritt der dbb in den gemeinsamen Verhandlungen mit ver.di dafür ein, die durch unsere Haustarifverträge geschaffene tarifliche Eigenständigkeit zum Vorteil von Beschäftigten und Nachwuchskräften weiter auszubauen.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

BBB

Ein Jahr „Mitarbeiterschutz vor Gewalt“ – erfolgreich, aber noch Luft nach oben!

„Das Programm ist ein voller Erfolg!“, so BBB-Chef Rainer Nachtigall am 25. November 2021 zum ersten Jahrestag des gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat entwickelten Konzepts zum Mitarbeiterschutz vor Gewalt. Die Beschäftigten profitieren sehr von der Sicherheit und dem Rückhalt, die ihnen dadurch vermittelt werden, so Nachtigall. Aber es gebe auch Bereiche, die das Programm noch nicht erreiche. „Wir müssen den guten Start zum Anlass nehmen, das Projekt noch präserter zu machen“, verlangt er, „da ist noch Luft nach oben!“

NEIN zur Gewalt gegen Beschäftigte gelte immer und überall! „Mein Ziel ist es, diesen Grundsatz bis ins kleinste Büro auch der entferntesten Behörde zu tragen“, sagt der Vorsitzende. Interne stichprobenartige Befragungen haben ergeben, dass das Projekt noch nicht alle Mitarbeiter erreicht. Wir werden also insbesondere daran arbeiten müssen, Zugangsbarrieren abzubauen und die Verbreitung zu erleichtern.

Die jährlichen Evaluationen müssen Anlass sein, das Programm in all seinen Bestandteilen auf Wirksamkeit und Passgenauigkeit zu überprüfen. Rückschlüsse für notwendige Anpas-

sungen müssen gemeinsam mit den Beteiligten gezogen und ausgewertet werden. „Nah am Beschäftigten und sehr bedarfsorientiert“, sei das Motto, dass er verfolge, sagt Nachtigall.

Die Beschäftigten, die dem Staat gegenüber Bürgerinnen und Bürgern ein Gesicht verleihen und für ihn einstehen, können auf seinen Rückhalt zählen. Auch und gerade in den bedrohlichen Situationen, die durch jegliche Art von Gewalt entstehen können. Das sei ein wichtiges Zeichen und ein Umstand der jedem der im Staatsdienst tätig ist, präsent sein muss.

dbb m-v

3G in Bussen und Bahnen kaum möglich

Die so genannte „3G-Regel“ (Zutritt nur für geimpfte, genesene und getestete Personen) soll zukünftig sowohl für den Nahverkehr als auch für Fernverkehr gelten. Eine Abfrage bei Betreibern von Bussen und Bahnen in Mecklenburg-Vorpommern ergab, dass eine Umsetzung der Vorgaben kaum möglich ist. Im öffentlichen Nahverkehr besteht zudem eine Beförderungspflicht, die nur unter ganz bestimmten Kriterien ausgesetzt werden darf.

„Der dbb mecklenburg-vorpommern kritisiert sowohl die Entscheidungen der möglichen Ampelkoalition als auch der Ministerpräsidentenkonferenz, die Kontrolle der 3G-Regelung in Bussen und Bahnen auf das Fahr- und Bordpersonal abzuwälzen“, so dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht am 19. November 2021 in Kiel, „diese Beschlüsse sind an Realitätsferne nicht mehr zu überbieten“.

In Mecklenburg-Vorpommern werden durch Busse und Bahnen jährlich 126 Millionen Fahrgäste befördert, davon 62 Millionen auf der Schiene und 63 Millionen auf der Straße. Im Schnitt bedeutet das eine tägliche Kontrollleistung von mehr als 300.000 Fahrgästen.

Der dbb m-v unterstreicht, dass bereits vor der Pandemie das Kontrollpersonal bei normalen Fahrkartenkontrollen in stark zunehmendem Maße verbalen und auch tätlichen Angriffen mancher Fahrgäste ausgesetzt war. Das verstärkte sich mit Einführung der Maskenpflicht und wird jetzt erneut ansteigen.

„Ich bin enttäuscht, dass eine sozialdemokratisch geführte Ampelkoalition Arbeitnehmerinteressen derart missachtet. Wer möchte unter den Umständen noch Zugbegleiter oder Busfahrer sein?“, fragt sich Knecht.

DPhV und PhV Berlin/Brandenburg

Lehrerverband begrüßt Rückkehr zur Verbeamtung von Lehrkräften in Berlin

Der Deutsche Philologenverband (DPhV) und sein Landesverband PhV Berlin/Brandenburg nehmen erfreut den Plan der Berliner Koalitionsparteien im Abgeordnetenhaus, die Verbeamtung von Lehrkräften nach rund zwei Jahrzehnten in der Bundeshauptstadt wieder einführen zu wollen, zur Kenntnis.

„DPhV und PhV Berlin/Brandenburg haben lange angemahnt, wie wichtig die Verbeamtung von Lehrkräften für eine funktionierende und attraktive Bildungslandschaft ist“, kommentierte die Bundesvorsitzende Susanne Linklitz den Beschluss von SPD, Grünen und Linken am 24. November 2021 in Berlin.

„In den vergangenen Jahren wurde das Schulsystem in Berlin kaputtgespart. Es fehlen hunderte qualifizierte Lehrkräfte. Stattdessen wurden massiv Quer- und Seiteneinsteiger eingestellt. Für Lehrkräfte war Berlin kein attraktiver

Dienstherr“, ergänzt die Berliner PhV-Landesvorsitzende Kathrin Wiencek.

Insofern sei die Verbeamtung ein wichtiger Baustein, um die Berliner Schulbildung wieder auf Kurs zu bringen. Bundes- und Landesverband erwarten aber auch, dass die neue Senatorin oder der neue Senator für Bildung eine ehrliche Bestandsaufnahme durchführt und auch bei anderen Problemen (z.B. materielle und sächliche Ausstattung der Schulen) konsequent handelt.

VBE

Bildungspolitik Berlin: Nun müssen den Worten Taten folgen

Die Vorstellung des Koalitionsvertrages von SPD, Grünen und FDP kommentierte Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), in einer ersten Bewertung am 24. November 2021 wie folgt: „Erfreut stellen wir fest, dass einige unserer Forderungen Einzug in den Vertrag der Ampel-Koalition gefunden haben. Insbesondere die geplante engere, zielgenauere und verbindliche Kooperation aller Ebenen ist ein wichtiger Schritt für mehr Chancengleichheit.“

Auch die Verstetigung des Digitalpakts, die Weiterentwicklung der Qualitätsinitiative Lehrerbildung und das Startchancen-Programm böten Möglichkeiten, Bildung nachhaltig zu verbessern und somit mehr Bildungsgerechtigkeit zu schaffen, so Beckmann. Der VBE begrüßt, dass bürokratische Hürden im Digitalpakt und bei der Ausgestaltung des Ganztages abgebaut und ein niedrighschwelliger Zugang zu Fördermitteln ermöglicht werden soll.

„Die im Koalitionsvertrag beschriebenen Ziele werden sich aber nur erreichen lassen, wenn es gelingt, dass dafür notwendige qualifizierte pädagogische Personal zu gewinnen. Wie dies gelingen soll, dazu schweigen die Koalitionäre. Angesichts des bestehenden und weiterhin zu erwartenden Lehrkräftemangels sowie des fehlenden Personals im frühkindlichen Bereich, bleiben deshalb viele Fragen offen. Die angekündigte deutliche Steigerung der Ausgaben für Bildung ist unabhängig davon grundsätzlich zu begrüßen.“